

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Wovor sich die Deutschen fürchten ...

Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Bedrohungsgefühlen in der deutschen Bevölkerung

Dominik Hirndorf

- › Die größte Angst der Deutschen besteht aktuell vor den Spannungen zwischen Europa und Russland sowie vor Fremdenfeindlichkeit und einer Machtbeteiligung der AfD.
- › Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Ängste vor internationalen (kriegerischen) Konflikten im Jahr 2022 stark zugenommen haben. Auch die Sorge vor einer Wirtschaftskrise ist (leicht) gestiegen.
- › Die Angst vor den Auswirkungen des Klimawandels hat zuletzt abgenommen, zählt aber in der Wahrnehmung nach wie vor zu den größeren Bedrohungen.
- › In den Parteianhängerschaften fallen die Ängste vor dem Klimawandel sehr unterschiedlich aus. Zwischen Grünen- und AfD-Anhängerschaft liegen 72 Prozentpunkte.
- › Im Zeitverlauf ist sowohl die Sorge vor Zuwanderung als auch vor Fremdenfeindlichkeit gestiegen. Rund ein Fünftel teilt beide Ängste.
- › Die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit hat in allen Parteianhängerschaften – mit Ausnahme der AfD – zuletzt überdurchschnittlich zugenommen.
- › Die Anhängerschaft des BSW sortiert sich bei Bedrohungsgefühlen stringent zwischen Unions- und AfD-Wählerschaft ein und ist weit entfernt von den Bedrohungswahrnehmungen der Linken-Wählerschaft.

Inhaltsverzeichnis

Bedrohungsgefühle als Gradmesser gesellschaftlicher Stimmungen	2
Die Studie	3
Die größten Ängste der Deutschen (2021-2024).....	4
Die Angst vor Spannungen zwischen Russland und Europa überholt die Sorge vor den Auswirkungen des Klimawandels	5
Die Sorge vor Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit steigt	8
Zusammenfassung.....	13
Literatur	14
Impressum	15

Bedrohungsgefühle als Gradmesser gesellschaftlicher Stimmungen

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Dennoch müssen politische Entscheiderinnen und Entscheider auch die Sorgen und Ängste ihrer Wählerschaften adressieren. Die Bewertung von potenziellen Bedrohungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger kann dabei ein Fingerzeig sein, wie tief bestimmte Krisen und Problemlagen wirken. Repräsentative Ergebnisse zu Bedrohungsgefühlen sind demnach geeignet, um gesellschaftliche Stimmungen zu beschreiben. Besonders spannend sind hier Entwicklungen im Zeitverlauf. Sie geben Aufschluss darüber, ob Ängste und Sorgen in bestimmten Themenbereichen zugenommen haben und welche Bedrohungen als permanent empfunden werden. Offene Fragen zu Beginn dieser Studie lauteten etwa: Hat der russische Angriffskrieg in der Ukraine das Sicherheitsgefühl der Deutschen nachhaltig verändert? Wie groß ist die Angst vor den Auswirkungen des Klimawandels – insbesondere in Relation zu anderen Krisenszenarien? Und wie haben sich die Bedrohungsgefühle der Parteianhängerschaften seit der letzten Bundestagswahl 2021 entwickelt?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung vermisst die Ängste vor bestimmten Krisen, Konflikten und potenziellen Bedrohungen regelmäßig in repräsentativen Befragungen. Die Ergebnisse, die in dieser Studie erstmals komprimiert im Zeitverlauf präsentiert werden, liefern empirische Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Damit leistet die Studie einen Beitrag zum Verständnis gesellschaftlicher Stimmungen und zeigt Gründe für die zunehmende Polarisierung zwischen bestimmten Parteianhängerschaften auf.

Die Studie

Im Zentrum dieser Studie steht ein Zeitvergleich der Bedrohungsgefühle über einen Zeitraum von vier Jahren. Zu diesem Zweck werden insgesamt vier repräsentative Umfragen betrachtet. Bei allen vier Umfragen handelt es sich um Telefonumfragen, bei denen die Auswahl über Festnetz und Mobilfunk über zufällig generierte Telefonnummern nach dem ADM-Verfahren (Häder und Sand 2019) erfolgte. Die Daten wurden nach soziostrukturellen Merkmalen gewichtet und sind jeweils repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte, deutschsprachige Bevölkerung. In allen Befragungen erstellt die Konrad-Adenauer-Stiftung die Fragebögen und analysiert die Daten. Die vier Umfragen in der Übersicht:

- Vom **13. Februar bis zum 15. April 2024** hat das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt **3.510 Personen** aus der bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten, deutschsprachigen Wohnbevölkerung für die Studie zufällig ausgewählt (KAS-Umfrage 1052). Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk).
- Vom **27. Oktober 2022 bis 16. Januar 2023** befragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 4.247 Personen (KAS-Umfrage 1035). Davon wurden für diese Studie **4.187 Fälle** analysiert. Personen unter 18 Jahren, die ebenfalls Teil dieser Befragung waren, gingen nicht mit in die Auswertung ein. Die Befragten wurden über zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) kontaktiert und telefonisch befragt.
- Vom **1. Dezember 2021 bis 11. April 2022** befragte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 5.511 Personen telefonisch (KAS-Umfrage 1032). Davon gingen **5.027 Fälle** in die Auswertung ein. Personen unter 18 Jahren bzw. nicht in Deutschland wahlberechtigte Personen, die ebenfalls Teil dieser Befragung waren, gingen nicht mit in die Analyse ein. Die angerufenen Telefonnummern sind ebenfalls zufällig generiert, je 50 Prozent Festnetz- und Mobilnummern.
- Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Infratest dimap vom **15. bis 28. Januar 2021** eine repräsentative, standardisierte Telefonumfrage (60 Prozent Festnetz/40 Prozent Mobilfunk) unter **1.003 Befragten** der wahlberechtigten, deutschsprachigen Wohnbevölkerung durchgeführt (KAS-Umfrage 1027).

Die vier Umfragen bieten in ihrer Kombination einen einmaligen Einblick, wie sich Bedrohungsgefühle der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren verändert haben. Zwar handelt es sich jeweils um Querschnittsbefragungen, sodass nicht immer dieselben Personen befragt wurden, aufgrund der identischen Fragestellungen lassen sich dennoch Rückschlüsse über die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft ziehen.

Die Aufgabenstellung für die Befragten lautete jeweils: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.“ In den vier Umfragen wurden immer wieder wechselnde und insbesondere zeitaktuelle Bedrohungen (z.B. die Corona-Pandemie) abgefragt. Zu insgesamt sieben potenziellen Bedrohungen liegen über die verschiedenen Messzeitpunkte Vergleichswerte für die Ängste der Deutschen vor: dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung, einer Wirtschaftskrise in Deutschland, Spannungen zwischen Europa und Russland, einem kriegerischen Angriff auf Deutschland, Zuwanderung nach Deutschland, Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und davor, dass die AfD das Sagen in Deutschland bekommt.

Die größten Ängste der Deutschen (2021-2024)

Die größte Angst der Deutschen besteht aktuell vor den Spannungen zwischen Europa und Russland sowie vor Fremdenfeindlichkeit und einer Machtbeteiligung der AfD. So haben 69 Prozent der Befragten sehr große oder große Angst vor Spannungen zwischen Europa und Russland. 63 Prozent haben Angst vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und 62 Prozent davor, dass die AfD in Deutschland das Sagen bekommt.

In den Jahren zuvor lag dagegen eine andere Sorge auf Platz eins: Egal, ob Corona-Pandemie, steigende Preise, Energiekrise oder internationale Konflikte – die Angst vor dem Klimawandel landete unabhängig vom Zeitkontext auf Platz 1 (vgl. Tabelle 1). Rund zwei Drittel der Deutschen haben im Zeitraum 2021 bis 2023 sehr große oder große Angst vor den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels. Im Jahr 2021 (67 Prozent) fällt diese Sorge größer aus als die Angst vor den Auswirkungen der Corona-Pandemie (62 Prozent), die sich damals immerhin in der ersten Winterwelle (Januar 2021) befand. Auch in den Jahren 2022 und 2023 bestätigt sich der Wert von rund zwei Dritteln (64 bzw. 70 Prozent). Die Sorge vor den Auswirkungen des Klimawandels liegt in diesen Jahren höher als die Sorge vor der Verbreitung von Fake News (61 bzw. 64 Prozent), vor steigenden Preisen (64 Prozent), vor Rechtsextremismus in Deutschland (62 Prozent) und sogar knapp vor der Angst vor Spannungen zwischen Europa und Russland (im ersten Kriegsjahr des russischen Überfalls in der Ukraine). Im Jahr 2024 ist die Sorge vor dem Klimawandel weiterhin hoch (59 Prozent), rutscht jedoch hinter die Ängste vor internationalen Spannungen, Fremdenfeindlichkeit, AfD-Machtbeteiligung und Rechtsruck.

Tabelle 1: Die größten, wahrgenommenen Bedrohungen zwischen 2021 und 2024

	2021	2021/2022	2022/2023	2024
Platz 1	weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung 67%	weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung 64%	weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung 70%	Spannungen zwischen Europa und Russland 69%
Platz 2	Folgen durch die Corona-Pandemie 62%	Rechtsextremismus in Deutschland 62%	Spannungen zwischen Europa und Russland 67%	Fremdenfeindlichkeit in Deutschland 63%
Platz 3	Rechtsextremistischer Terroranschlag in Deutschland 59%	Verbreitung von falschen Informationen [...]¹ 61%	Verbreitung von falschen Informationen [...]² 64%	dass die AfD das Sagen bekommt/ Rechtsruck der Gesellschaft 62%
Platz 4	Verbreitung von falschen Informationen [...]³ 56%	Fremdenfeindlichkeit in Deutschland 52%	steigende Preise in Deutschland 64%	weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung 59%

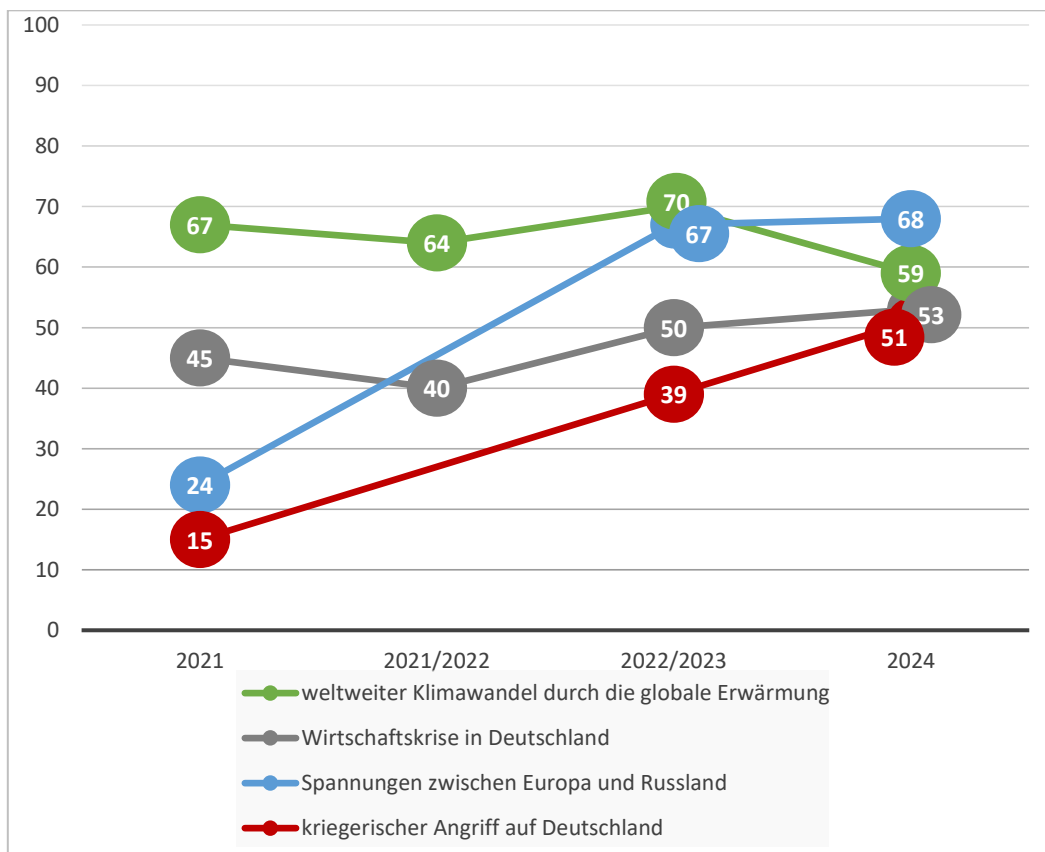
Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.“

Die Angst vor Spannungen zwischen Russland und Europa überholt die Sorge vor den Auswirkungen des Klimawandels

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Ängste vor internationalen (kriegerischen) Konflikten im Jahr 2022 stark zugenommen haben, während die Angst vor den Auswirkungen des Klimawandels zuletzt abgenommen hat. Die Sorge vor einer Wirtschaftskrise ist dagegen leicht gestiegen.

Die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022 auf die Bedrohungsgefühle der Deutschen sind eindrücklich: 2021 hatte nur rund jeder Vierte Befragte Angst vor Spannungen zwischen Russland und Europa. Vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland machte sich nur knapp jeder Sechste Sorgen (15 Prozent). Im Verlauf des Jahres 2022 hat sich diese Wahrnehmung dramatisch verschoben. Mehr als zwei Drittel äußern mittlerweile große oder sehr große Angst vor den Spannungen zwischen Russland und Europa (68 Prozent). Und mehr als jeder Zweite hat Angst vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland. Durch den russischen Überfall auf die Ukraine scheint die Sorge vor einem internationalen Konflikt sowie einem Krieg auf deutschem Boden plötzlich real geworden zu sein. Der Anstieg um 44 Prozentpunkte (!) bei der Angst vor internationalen Spannungen zwischen Russland und Europa seit 2021 belegt diese Entwicklung ebenso eindrücklich, wie die Zunahme der Angst vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland (+36 Prozentpunkte).

Abbildung 1: Ängste vor Klimawandel, Wirtschaftskrise und Konflikten im Zeitverlauf



Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.“ Die Angst vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland und vor Spannungen zwischen Europa und Russland wurde in der Umfrage 1032 (2021/2022) nicht erhoben.

Die Sorge vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland wurde seit 2021 kontinuierlich zu allen vier Messzeitpunkten untersucht. Hier fällt die Zunahme weniger stark aus, dennoch zeigt sich im Schnitt ein signifikanter Anstieg. Dieser Anstieg seit 2021/2022 ist bemerkenswert, da die konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Krise in den Jahren 2021/2022 viel diskutiert und noch nicht absehbar waren. Dennoch fiel die Angst vor einer Wirtschaftskrise in diesem Zeitraum geringer aus als im Jahr 2024. Eine Zunahme der Sorge spiegelt daher ein generelles Gefühl der Unsicherheit wider, das auch eine Angst vor wirtschaftlichem (und sozialem) Abstieg bzw. Kontrollverlust umfasst (Werkmann/Frieß 2024).

Die Angst vor dem weltweiten Klimawandel ist zwar keineswegs verschwunden, wird aber aktuell durch andere Probleme überlagert. Der Anteil der Befragten, die sehr große oder große Angst vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung haben, liegt mit 59 Prozent (2024) unter den Werten von 2021-2023. Zudem wurde das Thema „Klima/Energie“ im Oktober 2023 erstmals seit Corona wieder von Platz eins der wichtigsten politischen Themen (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 2023/2024) verdrängt. Der Themenkomplex „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ rückte an die Spitze. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung beobachtete in zwölf qualitativen Fokusgruppen im Herbst 2023, dass andere Herausforderungen als der Klimawandel aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gerade eine höhere Dringlichkeit haben (Werkmann/Frieß 2024: 15). Der Aussage „Im Moment gibt es Wichtigeres als den Klimawandel“ stimmen in der repräsentativen Befragung 40 Prozent (eher) zu, 31 Prozent lehnen die Aussage (eher) ab und 29 Prozent antworteten mit „teils/teils“ (ohne Abbildung). Die momentane Ambivalenz der Bürgerinnen und Bürger zum Thema Klimawandel zeigt sich hier deutlich. Denn gleichzeitig gilt, dass die Sorge vor dem Klimawandel weiterhin zu den größeren Ängsten zählt und durch sich häufende Naturkatastrophen in Deutschland immer wieder in den Fokus gerät. Im DeutschlandTrend des Februars 2024 stimmten 60 Prozent der Befragten der Aussage zu „Ich mache mir Sorgen, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört.“ (Infratest dimap 2024) Die Werte zur Angst vor dem weltweiten Klimawandel sprechen somit einerseits dafür, dass der Klimawandel seit Jahren (große) Sorgen erregt und andererseits aufgrund aktueller sozialer und gesellschaftlicher Herausforderungen leicht in den Hintergrund gerät.

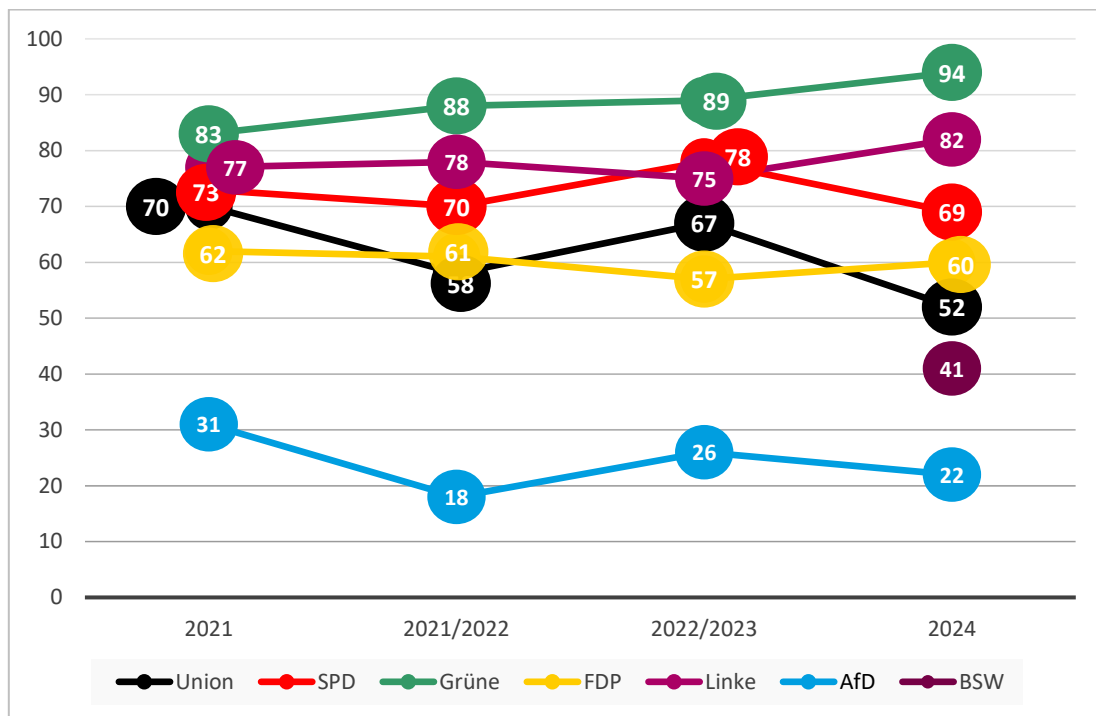
Bei der Sorge vor den Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich deutliche Geschlechter- und Alterseffekte (ohne Abbildung): Frauen haben durchschnittlich größere Angst (68 Prozent) vor dem weltweiten Klimawandel als Männer (49 Prozent). Die größeren Ängste innerhalb der jüngsten Altersgruppe verglichen mit Älteren erklären sich ebenfalls über diesen Geschlechtereffekt: 83 Prozent der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren haben große oder sehr große Angst vor dem Klimawandel. Bei den Männern in dieser Altersgruppe geben dies 54 Prozent an. Jede zweite Frau unter 26 Jahren hat sogar sehr große Angst – bei den Männern unter 26 Jahren nur jeder Vierte. Diese Ergebnisse decken sich punktgenau mit den Ergebnissen aus der Umfrage von 2022/2023 (vgl. Hirndorf 2023: 6) und weisen auch auf einen stärkeren Geschlechterunterschied innerhalb junger Altersgruppen hin.²

In den Parteianhängerschaften fallen die Ängste vor dem Klimawandel sehr unterschiedlich aus. Bei den Anhängerschaften der FDP, der Linken und der SPD sind die Sorgen im Zeitverlauf jeweils recht konstant. In der Unionswählerschaft ist eine Abnahme der Ängste zu beobachten. Im Jahr 2024 hat rund jede/r Zweite Angst vor dem Klimawandel (-15 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022/2023). In keiner anderen Wählerschaft fallen die Verschiebungen so stark aus. Die Wählerinnen und Wähler des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) sind weit von der Anhängerschaft der Linken entfernt und sortieren sich zwischen Unions- und AfD-Wählerschaft ein.

Eine entgegengesetzte Bewegung ist bei Grünen- und AfD-Anhängerschaft zu beobachten: 94 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler haben sehr große oder große Angst vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung (+11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021). Bei der AfD-Anhängerschaft sinken die Ängste dagegen auf 22 Prozent (-9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021). Zwischen Grünen- und AfD-Anhängerschaft liegen somit 72 (!) Prozentpunkte. Hier zeigt sich abermals die zunehmende Polarisierung mit Blick auf die Wählerschaften von Grünen und AfD, die sich in fast allen gesellschaftspolitischen Fragen diametral gegenüberstehen.

Abbildung 2: Angst vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung

Hier: sehr große/große Angst



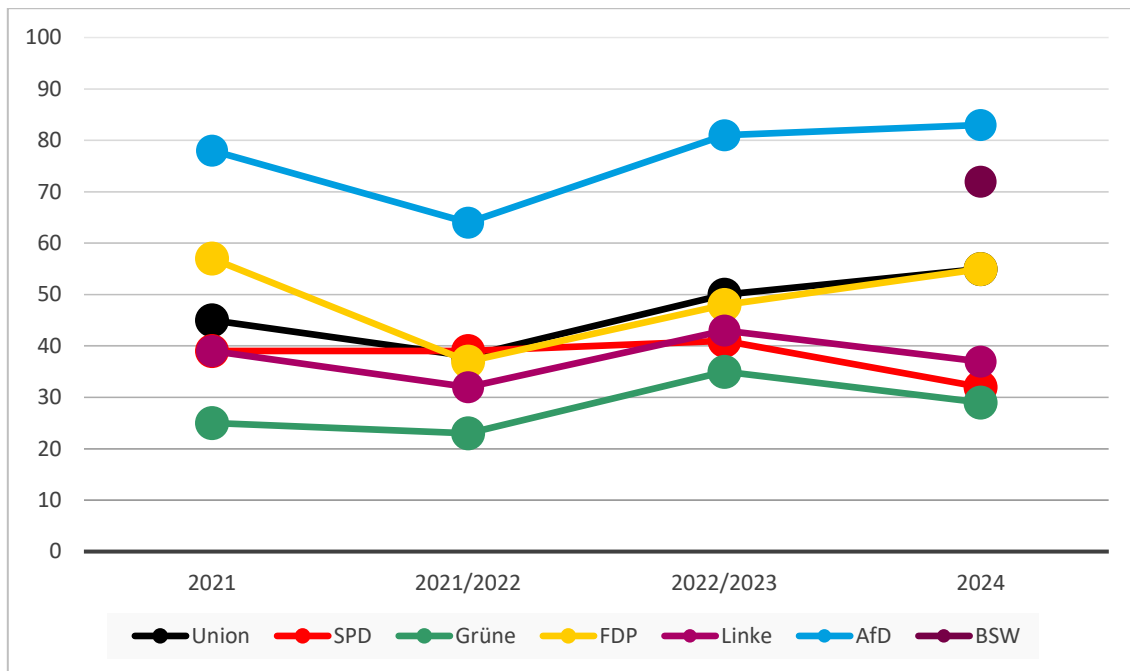
Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen: Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung.“

Die Gründe für die Veränderungen innerhalb der Anhängerschaften dürften weniger in einer Veränderung der Präferenzen der Wählerinnen und Wähler³ als vielmehr in der Zusammensetzung der Anhängerschaften liegen: Die AfD zieht noch stärker als 2021 Menschen mit starken Minderheitspositionen an, während die Grünen-Wählerschaft durch Abwanderungen homogener geworden ist. Innerhalb der Unions-Anhängerschaft konnten sich 2020 noch jede/r Fünfte vorstellen, alternativ die Grünen zu wählen und in der Grünen-Wählerschaft zogen 20 Prozent die Union als Alternative in Betracht (vgl. Neu/Pokorny 2021). Dieses Potenzial ist mittlerweile beiderseits deutlich einstellig und spricht für eine homogenere Unions-Wählerschaft im Mitte-rechts-Spektrum. Einhergehend mit einer veränderten Zusammensetzung der Unions-Anhängerschaft, die den Rückgang der Ängste beim Thema Klimawandel erklären könnte.

Die Ängste vor einer Wirtschaftskrise sind insbesondere bei AfD- und BSW-Wählerschaft stark ausgeprägt (2024: 83 bzw. 72 Prozent). Im Zeitverlauf hat die Sorge in der Unions- und FDP-Wählerschaft zuletzt zugenommen. In beiden Gruppen äußern aktuell 55 Prozent große oder sehr große Ängste vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland. Dagegen fällt die Sorge bei Grünen-, Linken- und SPD-Wählerschaft – mit Schwankungen im Zeitverlauf – aktuell geringer aus (jeweils rund ein Drittel).

Abbildung 3: Angst vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland

Hier: sehr große/große Angst



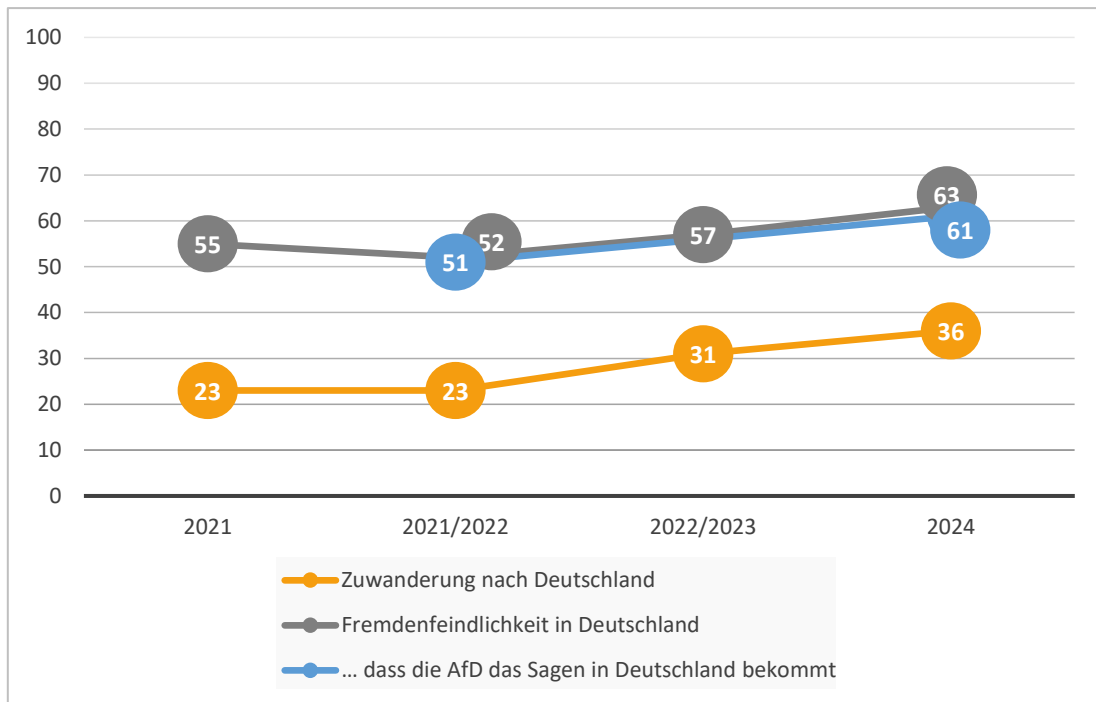
Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen: Wirtschaftskrise in Deutschland.“

Die Sorge vor Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit steigt

Im Zeitverlauf ist sowohl die Sorge vor Zuwanderung als auch vor Fremdenfeindlichkeit gestiegen. Die große oder sehr große Angst vor Zuwanderung nach Deutschland ist seit 2021/2022 um rund 13 Prozentpunkte angestiegen und wird im Jahr 2024 von mehr als jeder dritten Person geäußert (36 Prozent). Dieser Anstieg reflektiert auch den Bedeutungszuwachs des Themas Migration, das aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten politischen Herausforderungen zählt. Gleichzeitig ist jedoch auch die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland um 11 Prozentpunkte auf 63 Prozent angestiegen. Somit liegt die Angst vor Fremdenfeindlichkeit deutlich höher als die Sorge vor Zuwanderung.

Abbildung 4: Angst vor Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit im Zeitverlauf

Hier: Sehr große/große Angst



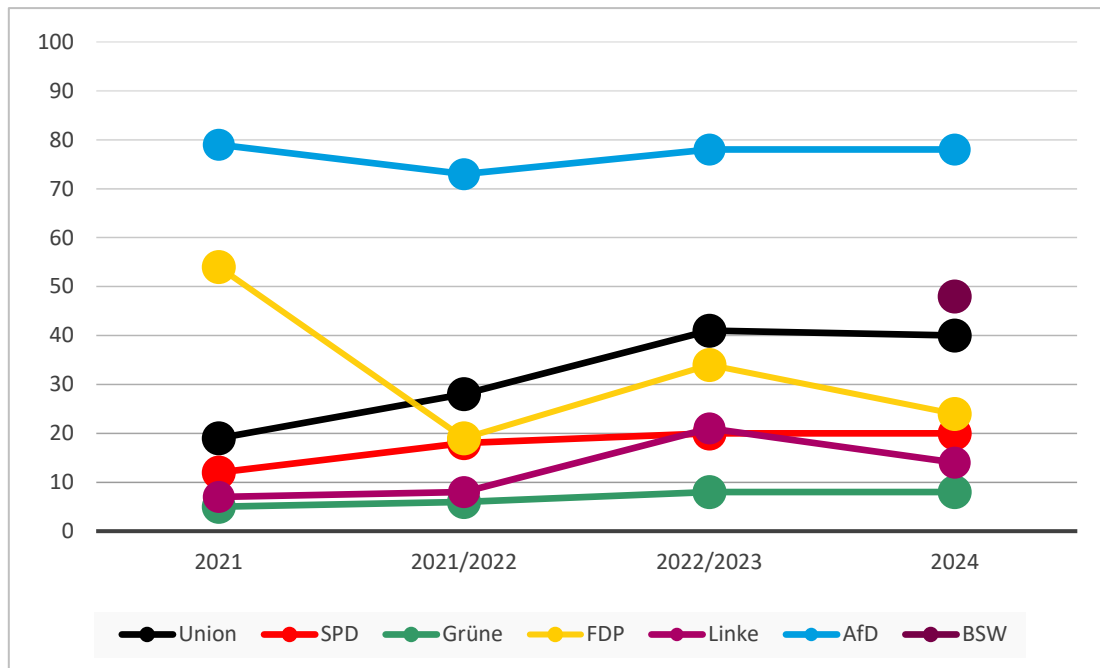
Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen.“ Die Angst davor, dass die AfD das Sagen in Deutschland bekommt, wurde nur in den Umfragen 1032 (2021/2022) und 1052 (2024) erhoben.

Erwartbar wäre, dass es sich bei den Menschen mit Sorge vor Zuwanderung auf der einen und Sorge vor Fremdenfeindlichkeit auf der anderen Seite um völlig unterschiedliche Gruppen handeln würde. Die Anteile von rund einem Drittel einerseits und zwei Dritteln andererseits würden eine klare Trennung nahelegen. Tatsächlich ist dies nicht der Fall. Rund jede/r fünfte Befragte hat sowohl Angst vor Zuwanderung als auch vor Fremdenfeindlichkeit.⁴ Ähnlich wie beim Thema Klimawandel zeigt sich hier eine gesellschaftliche Ambivalenz, die keinen Widerspruch darstellen muss. So schließt die Angst vor Zuwanderung nach Deutschland nicht aus, dass sich dieselben Personen auch Sorgen vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland machen. Innerhalb dieser Gruppe sind Angstgefühle generell etwas ausgeprägter als im Durchschnitt. Zum Beispiel auch die Angst vor einem Rechtsruck in Deutschland (75 Prozent, Gesamtdurchschnitt: 61 Prozent). Die Wahlabsicht der besagten Gruppe mit Angst vor Fremdenfeindlichkeit und Zuwanderung ist bunt gemischt: Union (27 Prozent), Unentschlossene (17 Prozent), AfD (15 Prozent), Nichtwähler (12 Prozent), SPD (10 Prozent), Grüne und BSW (je 5 Prozent), FDP und Linke (je 2 Prozent). Überdurchschnittlich ist die Union vertreten (+6 Prozentpunkte), während die Grünen hier unterdurchschnittliche Anteile aufweisen (-11 Prozentpunkte).

Generell gilt: Etwas mehr Ängste teilen durchschnittlich ältere Menschen und Menschen mit formal niedrigerem Bildungsabschluss. Frauen geben durchschnittlich häufiger an, große oder sehr große Angst vor potenziellen Bedrohungen zu haben als Männer.

Abbildung 5: Angst vor Zuwanderung nach Deutschland im Zeitverlauf

Hier: sehr große/große Angst



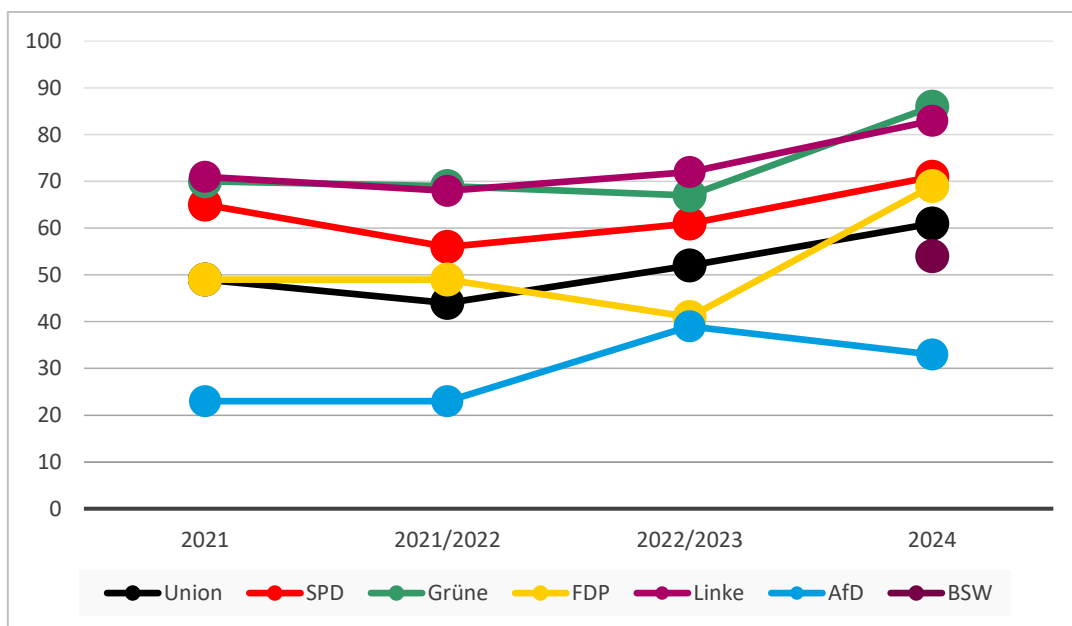
Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen: Zuwanderung nach Deutschland.“

Nach Parteianhängerschaften zeigen sich wiederum deutliche Unterschiede. Bei den Wählerschaften der Grünen, Linken und der SPD fallen die Sorgen vor Zuwanderung gering aus – sind jedoch im Zeitverlauf jeweils leicht angestiegen (Grüne: 8 Prozent, Linke: 14 Prozent, SPD: 20 Prozent). Ähnlich konstant ist die Angst vor Zuwanderung in der AfD-Anhängerschaft – allerdings auf einem Niveau jenseits aller anderen Parteianhängerschaften. Hier zeigt sich erneut der starke Themenfokus der AfD-Anhängerschaft auf das Thema Migration. 78 Prozent der Anhängerschaft der AfD haben große oder sehr große Angst vor Zuwanderung nach Deutschland. Die größeren Veränderungen bei FDP- (gesunkene Angst vor Zuwanderung) und Unions-Anhängerschaft (gestiegene Angst vor Zuwanderung) dürften erneut in einer Veränderung der Zusammensetzung begründet sein. Anders als im Jahr 2021 (19 Prozent) haben 2024 rund 40 Prozent der Unions-Wählerschaft Angst vor Zuwanderung – in der FDP-Wählerschaft sank der Wert von 54 Prozent (2021) auf 24 Prozent (2024). Die Union konnte beispielsweise zuletzt von abgewanderten FDP-Wählerinnen und Wählern profitieren, während die FDP mutmaßlich migrationskritischere Wählerinnen und Wähler auch an die AfD verlor. Die Wählerschaft des BSW sortiert sich erneut zwischen Union- und AfD-Anhängerschaft ein: Knapp jede/r Zweite (48 Prozent) hat große oder sehr große Angst vor Zuwanderung nach Deutschland.

Die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit hat in allen Parteianhängerschaften – mit Ausnahme der AfD – zugenommen. Die Zunahme von 2022/2023 bis 2024 fällt in diesen Anhängerschaften zuletzt auch deutlich größer aus als im Gesamtdurchschnitt (+5 Prozentpunkte): Bei FDP-Wählerinnen und -Wählern um +28 Prozentpunkte auf 69 Prozent, bei Grünen-Wählerinnen und -Wählern um +19 Prozentpunkte auf 86 Prozent, bei der Linken-Anhängerschaft um +11 Prozentpunkte auf 83 Prozent, in der SPD-Anhängerschaft um +10 Prozentpunkte auf 71 Prozent und bei den Unions-Wählerinnen und -Wählern um +9 Prozentpunkte auf 61 Prozent. In der BSW-Wählerschaft hat gut jede/r Zweite (54 Prozent) Angst vor Fremdenfeindlichkeit, bei der AfD-Anhängerschaft ist es jede/r Dritte (33 Prozent).

Abbildung 6: Angst vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland im Zeitverlauf

Hier: sehr große/große Angst

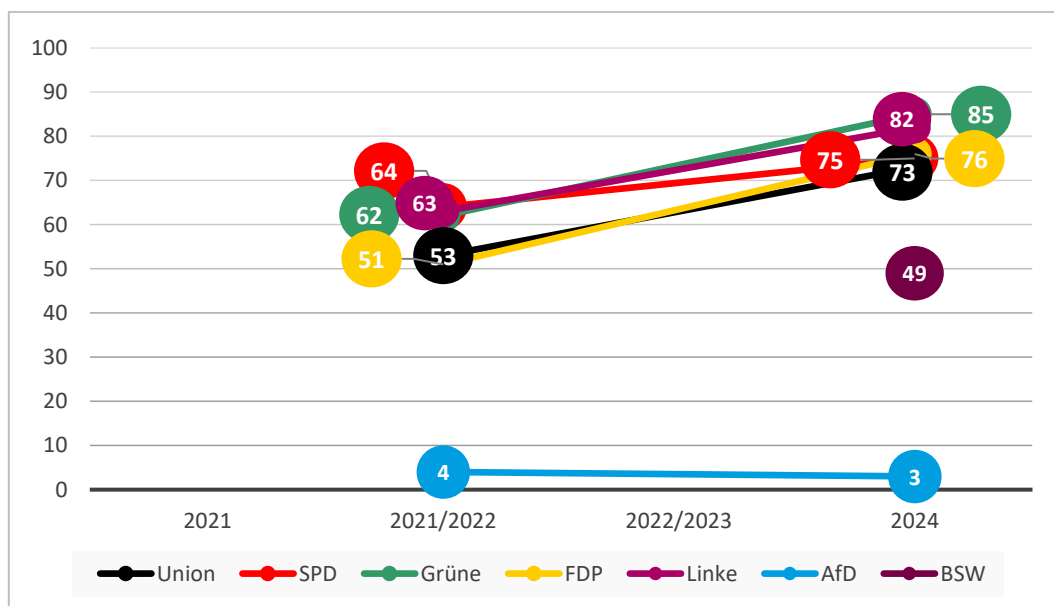


Quelle: Umfragen 1027, 1032, 1035 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, 2021/2022, 2022/2023, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.“

Die Angst, „dass die AfD das Sagen bekommt“, hat in fast allen Parteianhängerschaften überdurchschnittlich zugenommen. Während die Angst vor einer Machtbeteiligung insgesamt um rund 10 Prozentpunkte angestiegen ist (vgl. Abb. 4), steigt sie in der FDP-Anhängerschaft um 25 Prozentpunkte, in der Grünen-Anhängerschaft um 23 Prozentpunkte, in der Unions-Anhängerschaft um 20 Prozentpunkte, in der Linken-Wählerschaft um 19 Prozentpunkte und in der SPD-Wählerschaft um 11 Prozentpunkte. Jeweils rund drei Viertel oder mehr dieser Wählerschaften hat sehr große oder große Angst davor, dass die AfD das Sagen bekommt. Die Anhängerschaft des BSW hebt sich hier deutlich ab: Hier teilt nur knapp jede/r Zweite diese Sorge. In der AfD-Anhängerschaft fällt die Angst erwartungsgemäß sehr gering aus (2024: 3 Prozent).

Abbildung 7: Angst, dass die AfD in Deutschland das Sagen bekommt

Hier: sehr große/große Angst



Quelle: Umfragen 1032 und 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/2022, 2024. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große, nicht so große oder keine Angst machen: dass die AfD in Deutschland das Sagen bekommt.“ Die Angst davor, dass die AfD das Sagen in Deutschland bekommt, wurde nur in den Umfragen 1032 (2021/2022) und 1052 (2024) erhoben.

Zusammenfassung

Bis zum Jahr 2024 galt für die Bedrohungsgefühle der Deutschen eine feste Regel: Die Angst vor dem weltweiten Klimawandel durch die globale Erwärmung löste vergleichsweise die größten Ängste aus. Zuletzt haben jedoch andere Sorgen diese Spitzenposition übernommen. Die größte Angst der Deutschen besteht aktuell vor den Spannungen zwischen Europa und Russland sowie vor Fremdenfeindlichkeit und einer Machtbeteiligung der AfD. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Ängste vor internationalen (kriegerischen) Konflikten im Jahr 2022 stark zugenommen haben, während die Angst vor den Auswirkungen des Klimawandels zuletzt abgenommen hat. Die Sorge vor einer Wirtschaftskrise ist dagegen gestiegen. In den Parteianhängerschaften fallen die Ängste vor dem Klimawandel sehr unterschiedlich aus. Zwischen Grünen- und AfD-Anhängerschaft liegen 72 Prozentpunkte.

Im Zeitverlauf ist sowohl die Sorge vor Zuwanderung als auch vor Fremdenfeindlichkeit gestiegen. Die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit hat dabei in allen Parteianhängerschaften überdurchschnittlich zugenommen. Die Ausnahme bildet die Anhängerschaft der AfD.

Erstmals liegen auch Werte zu den Ängsten der BSW-Wählerschaft vor. Die Anhängerschaft des BSW sortiert sich bei Bedrohungsgefühlen – wie auch bei anderen politischen Themen (vgl. Roose 2024) – stringent zwischen Unions- und AfD-Wählerschaft ein. Damit ist die Wählerschaft weit entfernt von den Bedrohungswahrnehmungen der Wählerschaft der Ex-Partei von Sahra Wagenknecht.

Die starken Differenzen zwischen AfD- und Grünen-Anhängerschaft fallen auch bei den Bedrohungsgefühlen ins Auge und zeigen die starke Polarisierung beider Gruppen (vgl. weiterführend Roose 2021), die im Zeitverlauf zugenommen hat. Die Betrachtung von Bedrohungsgefühlen in der Gesellschaft verdeutlicht allerdings auch, dass die Gesellschaft in großen Teilen immer wieder ambivalent ist. So nimmt die Sorge vor dem Klimawandel nach langer Zeit an der Spitzenposition zwar ab, zählt aber nach wie vor zu den größten wahrgenommenen Bedrohungen. Die Aussage „Im Moment gibt es Wichtigeres als den Klimawandel“ findet weder mehrheitliche Zustimmung noch Ablehnung. Ähnliches gilt für die Sorgen vor Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit, die von rund einem Fünftel gleichzeitig geteilt werden. Bedrohungsgefühle sind demnach weniger geeignet, um klare politische Positionen anzuzeigen, sie sind und bleiben jedoch ein geeignetes Instrument, um gesellschaftliche Stimmungen zu messen.

Literatur

Forschungsgruppe Wahlen, 2024: Politbarometer, Wichtigste politische Themen im Überblick. Online unter: https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II (zuletzt abgerufen am: 18.07.2024).

Hirndorf, Dominik, 2023: Verzichten fürs Klima? Repräsentative Umfrage zu Einstellungen im Bereich Klimaschutz und klimafreundlichem Verhalten in der deutschen Bevölkerung. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/verzichten-fuers-klima> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024).

Infratest dimap, Februar 2024: DeutschlandTrend Februar 2024: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/februar> (zuletzt abgerufen am: 18.07.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024).

Roose, Jochen, 2024: Öfter mal was Neues. Die Wählerschaft der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/oefter-mal-was-neues-die-waehlerschaft-der-neuen-partei-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024).

Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., online unter: <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-polarisierung-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024)

Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/eine-qualitative-analyse-der-politischen-stimmungslage-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 18.07.2024).

¹ Vollständiger Wortlaut: „Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News“.

² Die Werte für die Altersgruppe 18-30 liefert eng vergleichbare Zahlen.

³ Insbesondere da im Zeitverlauf nicht dieselben Personen befragt wurden, sodass die individuelle Präferenzveränderung ohnehin nicht nachvollziehbar ist.

⁴ Die Gruppe derjenigen, die Angst vor Zuwanderung hat, äußert zu 55 Prozent auch Angst vor Fremdenfeindlichkeit (Durchschnitt 63 Prozent). In der Gruppe derjenigen, die Angst vor Fremdenfeindlichkeit angibt, haben 32 Prozent Angst vor Zuwanderung (Durchschnitt 36 Prozent). Die negative Korrelation zwischen beiden Ängsten – je größer die Sorge vor Zuwanderung, desto kleiner die Sorge vor Fremdenfeindlichkeit – fällt mit -0,1 klein aus.

Impressum

Der Autor

Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.) studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg tätig. Seit Juni 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3858

dominik.hirndorf@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024

Gestaltung: yellow too Pasiak & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).